

Bezugspreis

vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbortra- verkehr M. 3.30 außerhalb M. 3.40 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 P. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Begründet 1877.



Blatt der Farnen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt. und Unterhaltungsblatt von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis

Die 1spaltige Zeile über deren Raum 20 Bl. Da. Die 2spaltige Zeile über deren Raum 40 Bl. Die 3spaltige Zeile über deren Raum 60 Bl. Bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigungen. Bei gerichtl. Eintragung u. Konfusion ist der Rabatt fünfzig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 287 | Druck und Verlag in Altensteig. | Dienstag, den 9. Dezember | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Deutsche Nationalversammlung. Berlin, 6. Dez.

Ein Jubiläum konnte heute der Reichstag feiern. Vor 25 Jahren wurde das jetzige Reichstagsgebäude nach 10-jähriger Arbeit nach den Plänen des Baurats Paul Ballot vollendet und die erste Sitzung wurde am 6. Dezember 1894 in dem mächtigen Saal des neuen Parlaments eröffnet. Präsident Fehrenbach erinnerte zu Eingang der heutigen Sitzung an diese Tatsache und stellte fest, daß 20 Abgeordnete, meist der sozialdemokrat. Partei angehörend, die jener Eröffnungssitzung angewohnt hätten, noch heute Mitglieder des Reichsparlaments sind. Sodann legte das Haus die Beratung der Steuerergänzungsfort. Der frühere bayerische Justizminister, Abg. Dr. Düringer (D.Nat.) stellte sich in finanztechnischer Hinsicht auf den Boden der Vorlagen, da sie das Bestreben des sozialen Ausgleichs im Grundgesetz zeigen. Auch bestehende juristische Bedenken könnten zurückgestellt werden. Dagegen seien die politischen Folgen unannehmbar: die völlige Vereinheitlichung des Reichs sei ein Widerspruch zu den Grundforderungen der Verfassung. Sie wollen den Einheitsstaat, aber nicht eine Zentralisation, wie sie sonst nirgends auf der Welt bestehe und die durch die Übertragung der Landesfinanzämter auf die Finanzminister der Einzelstaaten auch auf die Verwaltung übertragen werde. Die Finanzminister von Preußen und Sachsen haben die Übernahme des Landesfinanzamts abgelehnt, andere seien leider ihrem Beispiel nicht gefolgt. Die jetzige Regierung bekämpfe den Kapitalismus. Aber ohne Kapital könne das Unternehmertum nichts unternehmen, die Folge sei der andauernde Niedergang unserer Valuta. Mit dem Kapitalismus werde der Sozialismus vernichtet, denn beide müssen sich ergänzen. Vor einigen Wochen sei von der Regierung gesagt worden, es dürfe keine Millionäre mehr geben. Jetzt lade sie zur Sparprämienanleihe ein und verspreche alljährlich Spielgelder von zweimal 5 Millionen. Diese Finanzpolitik könne er und seine Freunde nicht unterstützen. Reichsfinanzminister Erzberger verwehrt sich dagegen, daß das Reich nur noch Steuerertröcker sei. Die 24 Milliarden müssen unter allen Umständen beschafft werden. Wenn die Entente doch einen Griff gegen unsere Steuererträge mache, so wäre dies ein Gewaltstreik. Abg. Becker (D.Vp.), früherer Finanzminister in Preußen, erklärte die Kapitalertragsteuer für eine Unmöglichkeit. Er erklärte es für einen Fehler, daß die oberen Beamtenstellen mit Parteimännern statt mit Fachleuten besetzt werden; das erzeuge auch im Beamtenstand Unzufriedenheit. Mit der Schaffung neuer Beamtenstellen müsse man aufhören, vielmehr müßte das Beamtenheer vermindert werden. Abg. Dr. Heim, der bayerische Bauernführer, findet gleichfalls die Zentralisation „unerträglich“. Die Landwirtschaft müsse gehoben werden, statt dessen ruinieren man sie. Wie Deutschland im Ausland angesehen werde, erkenne man an der Valuta. Abg. Wurm (U.S.P.) findet, daß die Besteuerung des Einkommens noch lange nicht weit genug gehe. Wenn bloß bis zu 60 Prozent wegbesteuert werden, so beweise das, daß wir immer noch im kapitalistischen Fahrwasser schwimmen. Auch die Kapitalertragsteuer müsse, besonders nach oben, schärfer wirken. Am Dienstag wird die Nationalversammlung eine Kundgebung gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen veranstalten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 12 Uhr nachm. Er gedankt der ersten Sitzung, die heute vor 25 Jahren in diesem Hause abgehalten wurde. 20 Abgeordnete macht der Präsident namhaft, die dem Reichstag schon damals angehört haben und noch heute Mitglieder des Hauses sind. Die Ergänzung des Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold wird ohne Debatte in allen drei Lesungen erledigt. Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Landessteuergesetzes in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalertragsteuer. Abg. Düringer (D.Nat.): Die Steuerpläne des Finanzministers haben unsere Valuta nicht gehoben. Das Ausland hält sie, wie wir, für den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Die vertrauliche Mitteilung von dem Gutachten des Reichsjustizministers hat niemand überzeugt. Der Allogallit unserer Gegner gegenüber werden neue papierne Proteste nichts nützen. Invernehmlich bringen die neuen Steuerpläne eine Zentralisation, wie sie kein Staat der Welt besitzt. Das Reichsnotopfer nicht

auf mittlerem Vermögen wie eine weitere Einkommensteuer. Das Kinderprivileg zersetzt das Einkommensteuersystem. Wir sprechen dem Minister nicht unser Vertrauen aus. Minister Erzberger: Es ist eine maßlose Übertreibung, zu sagen, das Reich sei nur Steuerertröcker. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Zeichner der Anleihen ihre Zinsen bekommen, die Witwen und Kriegsgeldbesitzer ihre Renten. Die Besoldungen müssen erhöht werden. Die große Gehaltsreform ist im W.-R. Die sozialen Renten müssen und werden aufgehoben werden. Das alles wird das Wirtschaftsleben führen. Ebenso die Eisenbahnenzentralisation. Die Summe von 24 Milliarden muß unter allen Umständen geschaffen werden. Die Finanzpolitik muß etwa 30 Proz. des Volkvermögens erfassen. Die Steuerfüße, die wir fordern, sind meines Erachtens das Maßmaß dessen, was wir unserer Wirtschaft zumuten können. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken, als bisher. Erst, wenn die direkten Steuern bis zur letzten Möglichkeit ausgebaut sind, können wir an die indirekten Steuern herangehen. Nach unserer Auffassung würde es ein Gewaltstreik der Entente sein, wenn sie Hand an unsere Steuern legen wollte. Die Begriffe „Was ist Einkommen, was ist Vermögen?“ müssen bald festgelegt werden. Die Ausgestaltung des Tarifs hätte dann Zeit bis Weihnachten.

Abg. Becker (D.Vp.): Ob die Entente nach dem Friedensvertrag ein Recht hat, die Hand auf das Notopfer zu legen ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu und wir müssen fürchten, daß sie die Macht benutzt. Es empfiehlt sich, das Notopfer zurückzustellen oder ihm eine andere Form zu geben. Die Kosten der Unterhaltung der Entente werden nach Schätzung der Beamtenbesoldungsreform zum 1. April 1920 nicht fertig wird, so muß den Beamten jedenfalls mit Teuerungszuschlägen geholfen werden. Das Beamtenheer muß eingeschränkt werden. Die Arbeitsehrlichkeit wird wohl dezimiert und zwar von oben. Die Arbeitsehrlichkeit wird der Beamtenschaft genommen, wenn sie sieht, daß ihr die besten Stellen weggenommen werden durch Parteileute, die nicht Fachleute sind. Wegen einer Erhöhung der Kohlensteuer haben wir Bedenken. Unmöglich ist eine Ausnahmesteuer; denn sie würde auf eine Kapitalsteuer der ganzen Lebenshaltung hinauslaufen. Die Kapitalertragsteuer in ihrer jetzigen Form ist ebenso eine Unmöglichkeit.

Abg. Wurm (U.S.P.): Die Reichseinkommensteuer geht so tief hinunter, daß sie wie eine indirekte Steuer wirkt, weil sie die wirtschaftlich Schwachen mehr belastet als die Starken. Die Methode, die Steuer durch Nebenarbeiten seitens der Arbeitgeber einzutreiben, erlegt die Selbstbedienten hartnäckig, die aber hilflos gegenüber dem Kaufmann und dem Landwirt. Die Einschränkung des Steuerrechts der Länder und Gemeinden lehnen wir ab. Der Gedanke der Kapitalertragsteuer ist richtig; sie müßte noch nach oben schärfer gesteuert werden, und zwar progressiv. Die Steuerergänzungen werden nur dazu beitragen, das Grund zu ormachen.

Abg. Heim (b.B.): Die Steuererträge enthalten eine Ertragssteigerung. Die Zentralisationsbestrebungen sind unerträglich. Mit dieser zentralen Zentralisation, nicht man dem Reichsdanken nicht. Die Steuerertröcker muß gehoben werden durch direkte Erfassung aller zu Besteuernden und durch Führung des Beweises, daß die hohen Steuern auch ihren Zweck erfüllen. Durch Förderung der Produktion ist die Ernährung zu verbessern. Statt dessen ruinieren sie die Landwirtschaft. Neben dem Reichsnotopfer des Krieges brauchen wir das Notopfer der Arbeit. Der Stand unserer Valuta ist der Gradmesser des Kredit, den unser Regierung im Ausland genießt. Die drei Steuerergänzungen werden an die zehnte Kommission verwiesen. Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr.

Neue Äußerungen Bismarcks über Kaiser Wilhelm.

In den viel beachteten „Gesprächen mit und über Bismarck“, die in der „Deutschen Rundschau“ aus dem Nachlaß Hermann v. Poschingers veröffentlicht werden, werden im neuesten Heft auch bedeutende Äußerungen des Fürsten Bismarck über den Charakter Kaiser Wilhelms II. mitgeteilt. Oberst von Gersdorff, von dem hier ein Gespräch mit Bismarck wiedergegeben wird, nannte es ein psychologisches Rätsel, daß der Kaiser, der als Prinz Schmeichlern völlig unzugänglich war, nunmehr nur noch sensible Naturen in seiner Umgebung vertrage. Darauf antwortete der Fürst: „Das ist die Art des Olympiers. Regierende Herren verfallen oft in den Fehler, sich als besonders beeinflusst anzusehen; ich glaube, es war der Kaiser Sigmund, der für sich den Spruch erlangt: supra grammatica stabis, tua sacra majestas.“ (Du wirst über den Grammatiker stehen mit deiner heiligen Majestät.) Ueber des Kaisers Verstandesanlagen sprach er sich dahin aus: er besitze schnelles Fassungsvermögen, aber wenig iudicium. Daher wäre der Kaiser der Verarbeitung fremder Gedanken, die er sich von Leuten wie Dingeldey, Gäßfeld und sogar Douglas herhole. Kurz vor Abgang des Fürsten habe eine Ministertagung unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden; in dieser sei eine Botschaft des Kaisers zur Verhandlung gekommen, in der Dingeldey den Kaiser habe zu einer „Ar-

beiterlager“ stempeln wollen. Der Kaiser habe jedermann in Deutschland darin ein glückliches, zufriedenes Leben versprochen. Der intime Grund der Entlassung des Fürsten sei sein Widerspruch gegen die Veröffentlichung jenes Elaborats gewesen; man dürfe nichts versprechen, was man nicht halten könne, und hierbei liege die Unmöglichkeit des Haltens der gegebenen Versprechens in dem unzufriedenen Gemüt der Menschheit. Der Kaiser habe sich darin geäußert, er wolle nicht im Blut bis an die Knie waten und wie sein Großvater der Karolingerprinz genannt werden, wogegen der Fürst der Ansicht gewesen sei, daß unter allen Umständen die Anwendung von Gewalt eine heilsame soziale Medizin sei. Der Kaiser ließe sich schwer über einen begangenen Fehler belehren, ein Risikofing werde von ihm nicht zugegeben und schnell verschmerzt, er greife dann schnell zu einem anderen Mittel, deshalb sei er weder konservativ noch liberal.

Charakteristisch sei am Kaiser das Bedürfnis, gelobt zu werden. Er habe, nachdem er eine Einladung des Jaren zur zweiten Reise nach Rußland erzwungen, ihm (dem Kaiser) gesagt: „Run, so loben Sie mich doch.“ Worauf der Fürst geantwortet habe: Er könne nur loben, was zu loben wäre. Darauf sei der Kaiser während der zweiten Reise nach Rußland habe nur Risikofing herbeigerufen. Ein andermal charakterisiert Bismarck den Kaiser: „Es wäre ihm mehr Geduld zu wünschen, am Studiertisch zu sitzen. Schlimm ist es, daß er Einbläser folgt, Hinzpeter, Douglas und Konforten. Er kann den Augenblick, da er als der große Weltbeglädler dahiebt, nicht erwarten. Auch die Arbeiterproklamationen, die eigentlich den Anstoß zu unserer Trennung gegeben haben, gehören in dieses Kapitel. Der Kaiser versprach sich davon goldene Berge; ich sagte, nachdem ich das Schlimmste daraus entfernt hatte: Das Beste ist, Majestät zerreißen dieselben und werfen die Stücke ins Feuer. Auf eine Mitteilung hin, daß die Ansicht verbreitet sei, er strebe wieder nach dem Kanzleramt, sagte Bismarck: „Dazu gehören zwei, von denen keiner auch nur daran denkt. Ich und der Kaiser sind konträre Naturen; bei der ersten politischen Besprechung müßten die Gegensätze wieder auseinanderplagen. Ihn auf dem Wege der Suggestion in meinen Gedankengang zu ziehen, wäre mir zu weitläufig und unständlich.“

Neues vom Tage.

Die Note des Obersten Rats.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, der Vertreter einer Großmacht (nicht Amerika) habe sich geweigert, die Antwortnote zu unterzeichnen, bevor er seiner Regierung Bericht erstattet habe. Dies lasse auf Zögerung schließen, von denen Deutschland Gebrauch zu machen nicht bezweifeln werde. Das „Journal“ bedauert die Verzögerung. Mailand, 8. Dez. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, die amerikanischen Konferenzmitglieder hätten auf den Obersten Rat eingewirkt, die Antwortnote nach Form und Inhalt gemäßigt zu halten. Staatssekretär Lansing habe ihnen den bestimmten Befehl erteilt, ohne Ausnahme am 10. Dezember abzureisen. In der Friedenskonferenz sei man enttäuscht durch die entschiedene Willenshaltung Amerikas, sich von den Verhandlungen in Europa zurückzuziehen.

Der Arbeitsrat.

Berlin, 8. Dez. Der Reichsarbeitsminister hat in den vorbereitenden Ausschuss zur Förderung der Arbeitswissenschaft berufen: Professor Gothein-Heidelberg (Nationalökonomie), Professor Ricklich-Mannheim (wissenschaftliche Betriebsführung), Prof. Wallisch-Kaden (Technologie), Brahn-Leipzig (Psychologie), Poppe-venter-Köln (ärztliche Berufseignungsuntersuchung), Kiebel-Dresden (wirtschaftliche Verwaltung), Regierungsrat Gög-Rünchen (praktische Technik), Seedorf-Berlin (Landwirtschaft), Gewerbestifter Dellmich, Leiter des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung beim Verein deutscher Ingenieure. Ferner gehören dem Ausschuss als Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Dr. Brandt und Gewerkschaftssekretär Böckler an.

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919



Der Parteitag der Unabhängigen.
 Leipzig, 6. Dez. Der Außerordentliche Parteitag der Unabh. Soz. Partei wählte in die Zentralkommission als Vorsitzende Crispian und Baumig. Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß das österreichische Proletariat die Auslieferung Lewins an Bayern verhindern werde. Der russischen Sowjetrepublik werden brüderliche Grüße entboten. U. a. wurde ein Antrag eingebracht, einen Aufruf an die internationale Arbeiterschaft zu richten, die Waffen- und Munitionserzeugung zu verweigern.

Berlin, 8. Dez. Nach Aufhebung des Belagerungszustands haben die Kommunisten für diese Woche in Groß-Berlin über 50 Versammlungen anberaumt, in denen die Befreiung der jetzigen Regierung gefordert werden soll.

Ausgebung der Eisenbahner.
 Magdeburg, 8. Dez. In einer Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbands wurde die Regierung aufgefordert, sich bis 1. Januar 1920 über die geforderte Lohnverhöhung und bis 15. Dezember über die Wirtschaftshilfe für die Arbeiter und Werkhelfer zu entscheiden. Der Verband werde es auf das Äußerste ankommen lassen. Bei einem Vortrag über das Betriebsrätegesetz verließ die Mehrzahl der Versammlung den Saal mit dem Ruf: „Das ist uns gleichgültig, wir wollen mehr Lohn!“

Graf Westarp tritt aus dem Staatsdienst aus.
 Berlin, 8. Dez. Oberverwaltungsgerichtsrat Graf Westarp (Kons.) ist nach dem „Berl. Tagbl.“ aus dem Staatsdienst ausgetreten, um sich ganz der „Kreuzzeitung“ zu widmen.

Man muß die Dinge sehen wie sie sind.
 Düsseldorf, 8. Dez. Gestern sprach Abg. v. Kardorff in einer stark besuchten Versammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei. Er sagte u. a.: Vieles ist, darüber müssen wir uns im Klaren sein, für immer dahin und kann nicht wiederkehren. Nicht jedem in unserem Kreise fällt es leicht, sich hiermit abzufinden, aber wer überhaupt auf seine Zeit und die Gestaltung der politischen Verhältnisse Einfluß ausüben will, der muß den Mut haben, die Dinge zu sehen, wie sie sind.

Die Entschädigung der Reederei.
 Berlin, 8. Dez. In industriellen Kreisen verlautet, daß die deutschen Schiffreederei als Entschädigung für die ausgelieferten Schiffe, außer den bereits ausgezahlten 1/2 Milliarden eine weitere Summe von etwa 10 Milliarden verlangen.

Aus dem besetzten Gebiet.
 Köln, 8. Dez. Die „Köln. Jtg.“ meldet aus Wiesbaden: Der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen gibt bekannt, daß die verbündeten Regierungen die deutsche Verfassung als gültig anerkannt haben. Die deutsche Verfassung ist demnach auch im besetzten Gebiet als anwendbar zu betrachten. Die Verfügung vom 25. Aug., die die Vereidigung deutscher Beamten auf die neue Verfassung unterlag, ist außer Kraft gesetzt.

Lohnbewegung.
 Lübeck, 8. Dez. Eine Absenkerammlung der Angestellten beschloß gestern, auf der Forderung einer 75prozentigen Gehaltserhöhung, Bewilligung einer Wirtschaftshilfe von 1000 Mark für Verheiratete, bzw. 600 Mark für Ledige und Verkürzung der Arbeitswoche von 48 auf 45 Stunden zu bestehen. Sollten die Arbeitgeber den entsprechenden neuen Tarifvertrag nicht genehmigen, so soll am 13. Dezember in den allgemeinen Ausstand getreten werden.

Aus Borsalberg.
 Wien, 8. Dez. Der Landtag in Borsalberg hat von der Regierung in Wien die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts Borsalbergs verlangt. Die Regierung antwortete, sie sei bereit, einen Antrag auf Abschluß Borsalbergs an die Schweiz dem Völkerbund zu übermitteln, sie werde aber gleichzeitig ihren eigenen Standpunkt geltend machen. Einem selbständigen Vorgehen Borsalbergs, das im Widerspruch zum Friedensvertrag stünde, werde sie entgegenstellen.

Kein amerikanischer Kredit?
 Washington, 8. Dez. Die Blätter bestätigen, daß die Vereinigten Staaten an Deutschland keinen fortlaufenden Kredit geben werden. Amerika habe keine Mittel mehr, um Geld an bisher feindliche Staaten auszuliehen. (Die englische Presse stellt mit Genugtuung fest, daß der Zweck der Finanzkonferenz der Verbündeten in Washington erreicht sei. Das amerikanische Kapital bleibe den Verbündeten vorbehalten.)

Washington, 8. Dez. Der erste Staatsanwalt zeigte an, daß zwischen den Vertretern der Regierung und den Beobachtern ein Kompromiß zu Stande gekommen ist.

Ämtliches.

Häutezuschläge.

1. Nach der Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 26. 11. 19 (Reichsanzeiger Nr. 270) wird der Mehrwert der Häute und Felle unter Wegfall des seitherigen Triels für das Reich so verteilt, daß der Tierhalter für alle seit dem 1. Dezember 1919 abgenommenen Tiere $\frac{1}{10}$ des Höchstwerts erhält, während die restlichen $\frac{9}{10}$ durch die erfolgte Herabsetzung der Fleischpreise der Fleischverarbeitungsindustrie und Bevölkerung zukommen.

Da die Häutezuschläge unverändert geblieben sind, betragen die ab 1. Dezember 1919 an den Tierhalter für den Tiererzeuger zu zahlenden Beträge bei:

Rindern, ausgenommen Kälber	„ 34.20
Kälbern	„ 63.—
Schafen	„ 36.—
Ferden, einschl. Fohlen, Eseln, Maultieren und Maulsele	„ 21.60

2. Entsprechend erhöhen sich die für Pig- und Jagttierfleisch festgesetzten Höchstpreise von 130 M. für 50 Kg. Lebendgewicht um 34.20 bei Großvieh und um 63 M. bei Kälbern.

Ragold, 8. Dez. 1919. Oberamt: Münz.

Berzorgung der Landwirtschaft mit Benzol.
 Den (Stadt) Schultheißenämtern sind heute die zur Anmeldung des Benzolbedarfs für landw. Zwecke bestimmten Vordrucke mit der Post zugegangen. Die Vordrucke sind doppelt. Der Durchschrißvordruck ist für die Gemeinde bestimmt.

Der Bedarf ist nicht für jeden Rotorenbestyr getrennt anzugeben, sondern der gesamte Bedarf der einzelnen Gemeinde soll auf einem Schein mitgeteilt werden, wobei noch besond. darauf aufzumerken gemacht wird, daß die letzte Spalte der Scheine 'Verpackungsart' unbedingt genau anzugeben ist.

Die Anmeldungen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum 18. d. M. hierher einzusenden, da nach diesem Zeitpunkt einkommende Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Den 8. Dezember 1919. Münz.

Bekanntmachung betr. Wild.
 Durch Verfügung der Fleischverorgungsstelle für Müntz. und Hochzollern vom 5.12.19 (Staatsanz. Nr. 280) sind die Zuschläge für D. d. bzw. Walg in Abänderung der Verfügung vom 6.11.19 (Staatsanz. Nr. 254) oberamtliche Bekanntmachung vom 10.11.19 „Aus den Tannen“ Nr. 263) wie folgt festgesetzt worden:

für 1 Stück Rehwild	bis zu 40.
1 Rot und Damwild	„ 85.
1 Gase	„ 8.

Ragold, den 8. Dezember 1919. Oberamt: Münz.

Landesnachrichten.

Altenheim, 9. Dezember 1919.
 Die Gefangenen in Frankreich. Nach einer Mitteilung des Roten Kreuzes in Genf sollen sich noch 532 700 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich befinden, die nach dem Pariser Blatt „Humanité“ sämtlich u. den Wiederanbauarbeiten herangezogen werden sollen. Die Gefangenen sollen nur freigegeben werden, wenn die Vertragsbestimmungen von Deutschland restlos erfüllt werden. Ueber diesen Punkt braucht man kein Wort mehr zu verlieren. Man weiß, was Clemenceau und Foch unter der „restlosen Erfüllung“ der Bedingungen, zu denen sie immer neue hinzufügen, verstehen. Wenn aber die Genfer Meldung, die bis jetzt noch nicht bestätigt ist, zutreffend sein sollte, so ist sie darum von Interesse, weil sie eine weit höhere Gefangenenzahl angibt, als seither gemeinhin angenommen wurde. Die Gesamtzahl der Gefangenen in Frankreich wurde auf etwa 400 000 geschätzt. Sollte sie auch nur um annähernd soviel höher sein, als das Rote Kreuz angibt, so müßten sich unter den Gefangenen viele befinden, die seither als vermißt oder gefallen galten.

Die englische Regierung hat die Freigabe der deutschen Schiffbesatzungen von Scapa Flow verweigert, bis das kriegsgerichtliche Verfahren abgeschlossen sei.

Erhöhung der Familienunterstützung. Wie aus Berlin berichtet wird, hat die Reichsregierung beschlossen, die Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zu erhöhen.

Die Erhöhung der Unfallrenten soll, wie verlautet, 100 Prozent betragen. Die Rente soll also

verdoppelt werden. Außerdem soll den Renteneinsparungen eine einmalige Teuerungszulage gewährt werden.

Neine Weinzuckerung. Der Vorstand der Weinbauversuchsanstalt Weinsberg, Prof. Weisner, schreibt, nach den bisherigen Erfahrungen der Versuchsanstalt mache der verhältnismäßig niedere Säuregehalt der heutigen Weine die sogenannte nasse Zuckeringung nicht unbedingt nötig.

Winterjaatezustand. Nach dem Bericht des württ. Stat. Landesamts stellt sich der Winterjaatezustand für Anfang Dezember für Winterweizen und Winterbinkel auf mittel bis gut, für Winterroggen etwas ungünstiger, aber auch noch auf mittel bis gut.

Kleie. Die württ. Landesfuttermittelstelle hat den Preis, zu dem die Kommunalverbände die ihnen zuzustehende Kleie abgeben dürfen, für 100 Kg. bei 82prozentiger Ausmahlung bei Roggenkleie auf 11.60 M., bei Weizenkleie 80prozentige Ausmahlung) auf 12.30 M. festgesetzt. Für Kleie der 94prozentigen Ausmahlung darf nicht mehr als 10.60 M. für 100 Kg verlangt werden. Die Preise gelten für Lieferung ohne Sack als Verteilungsstelle des Kommunalverbands.

Der Schleishandel mit Süßholzwurzel ist durch den Futtermangel in neue Blüte gekommen. Obendrein wird viel jählicher und wertloser Süßholzwurzel betrügerischweise im Dunkeln vertrieben. Von amtlicher Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Versteigerung und der Verkauf von Süßholzwurzel nach dem geltenden Gesetz von 1902 im allgemeinen verboten oder nur in dem vom Gesetz vorgegebenen Rahmen zulässig ist. Der Weiterverkauf von Süßholzwurzel, der zur Versteigerung von Limonaden usw. geliefert wird, ist strafbar.

Die Einfuhr nach der Schweiz gesperrt. An die Bezirksämter der Grenzbezirke ist seitens des badischen Ministeriums des Innern telegraphisch die folgende Anweisung ergangen: Die Einfuhr von Möbeln, Glas, Porzellan und Steinwaren, Haushaltgegenständen, Gegenständen des täglichen Bedarfs, landwirtschaftlichen Gebrauchsgüter aller Art, von Herden, Eisenwaren, Bekleidungsgegenständen, Stoffen, Schuhen und landmännlichen Geschäftsbüchern aus Baden nach der Schweiz wird hiermit mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Einfuhr im Kleingehversverkehr. Die Einfuhr darf künftig nur mit Bewilligung des Beauftragten des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Karlsruhe erfolgen. Um die vollständige Ausfuhränderung unseres Landes hinsichtlich der in Frage stehenden Gegenstände zu verhindern, ist vorstehende Maßnahme geboten.

Sendungen in die Schweiz. Postpakete der Warenabteilung des Eidgen. Ernährungsamts in Bern, Sendungen an Schweizer im Auslande, die Lebensmittel, auch Seife in der von der Schweiz ungelassenen Menge enthalten, werden ohne Einfuhrbewilligung zugelassen.

Weitere Einschränkung des Personenverkehrs. Die Zufuhren von Kohlen für den Eisenbahndienst sind unzureichend geblieben. Wenn die bringenden Vorsehungen beim Reichsrohstoffamt nicht baldigt von Erfolg sind, so muß, wie uns aus Karlsruhe geschrieben wird, der Personenverkehr zunächst auf den badischen Bahnen weiter eingeschränkt werden, um den Güterverkehr, wenn auch in vermindertem Maße, durchhalten zu können.

Ragold, 8. Dez. (Kirchengemeinderatswahl). Die Beteiligung an den Wahlen zum Kirchengemeinderat war recht stark. Sie betrug 84%, der Wahlberechtigten. Das zeigt nicht für großes Interesse in kirchlichen Dingen. Insbesondere fiel die Zurückhaltung der Arbeiterschaft auf. Wiedergewählt sind: Weidhändler Carl Stauon (486 St.), Berwalter G. Bauer (485), Sem.-Oberlehrer Klunzinger (480), Sem. Direktor Dietele (453), Gerber W. Mayer (429), dazu als neue Mitglieder: Buchb. u. r. R. Reichert (325), Gerber A. Schwarztopf (245), Rentner Fr. Kentschler (232). — Eine Frau ist nicht gewählt worden.

Freudenstadt, 8. Dezbr. (Kirchengemeinderatswahl). Bei der gestrigen Kirchengemeinderatswahl wurden gewählt: David Daas, Schafhändler; A. Kentschler, Landgerichtsrat; A. Müller jr., Schreinermeister; Gotth. Haug, Hauptlehrer; D. Huppenbauer, Direktor; Otto Bernhardt, Werkmeister; Jakob Frid, Uhrmacher; August Heintzelmann, Landwirt; Gottlob Wirth, Gemeinderat; Fr. Wolf, Schreinermeister. — Eine Frau ist nicht durchgekommen.

Calw, 8. Dez. (Kirchengemeinderatswahl). Bei der gestrigen Wahl der Mitglieder des neuen Kirchengemeinderats haben von 2659 Wahlberechtigten 951, also 35 Prozent abgestimmt. Gewählt wurden: Fritz Alchle, Hauptlehrer, Friedrich Gumbert, Buchhändler, Hans Freyler, Oberamtsphysiker, Karl Bohn, Uhrmachermeister, Heinrich Gfiff sen., Flaschnermeister, Alfred Radtaler, Zollinspektor, Karl Schleich, Magazinverwalter, Georg Wagner, Kommerzienrat, Luise Jostenhans (Fran Pfarrer) Johannes Blank, Fabrikant.

Schramberg, 8. Dez. (Amtseinführung.) Am Samstag nachmittag fand auf dem Rathaus die Amtseinführung des neu gewählten Stadtschultheißen, Rechtsanwält Ritter, durch den Präsidenten der Kreisregierung, Hofmann, Ratl. Stuttgart, 8. Dez. (Die Weinhöchstpreise.) Abgeordnete des württ. Bauern- und Weingärtnerverbands haben eingehende Anfrage im Landtag eingebracht: Ist das Staatsministerium bereit, die Höchstpreise für Wein, die nach der Verfügung des Ernährungsministeriums über Wein vom 6. Oktober 1919 in unzulänglicher Weise und entgegen den Vorschlägen von württ. Weingärtnern festgesetzt wurden, einer Nachprüfung zu unterziehen und die Weinpreise dem einmütigen Verlangen aller württ. Weingärtner und im Einvernehmen mit deren Vertreter entsprechend zu gestalten? Dabei sollen einstweilen, bis auf einer neu zu schaffenden Grundlage eine Befristung erzielt wird, die Strafverfahren, Strafbefehle und Beschlagnahmen aufzuheben werden.

<p>10. Dez.</p> <p>Zeichnungschluss der Sparprämienanleihe</p>	<p>bis 8. Jan.</p> <p>Einzahlung</p>	<p>1.—13. März</p> <p>Aushändigung der Stücke an den Zeichner</p>	<p>15. März</p> <p>Erste Gewinnziehung</p>
---	---	--	---



Sentfurt, 8. Dez. (Strafhammer.) Am hellen Tag fuhren am 16. August der 32jährige Maler August Bauer von Neuenhaus (Nürtingen) und der 24jährige Kfzer Paul Ebinger von Kirchberg a. Murr mit einem Auto zum Lager am Rosenstein, luden 5 Kisten Benzoltreiböl im Gewicht von zusammen 1000 Kilo auf und verkauften die Diebesbeute an Hefler. Bauer wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Ebinger zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Der beiden 2 Monate Untersuchungshaft werden angeordnet. Die Diebe haben offenbar Helfershelfer gehabt.

Der 29 Jahre alte Telegraphenarbeiter Karl G. Müller von Ronnenwies erhielt wegen verschiedener Dachkammer-einbrüche 2 Jahre Zuchthaus, sein Arbeitskollege Friedrich Albrecht von Dasingen wegen Hehlerei eine 2 Jahre Gefängnis.

Zuffenhausen, 8. Dez. (Diebinnen.) Zwei gut kummierte Mädchen haben in dem hiesigen Tuch- und Stoffwarengeschäft von Hildesheim drei große Rollen Tuch gestohlen. Sie hatten zuvor in dem Geschäft Einkäufe gemacht und waren dann der Habsucht unterlegen.

Leonberg, 8. Dez. (Besitzwechsel.) Die evang. Gemeinde hat das Bahnhofs-Anwesen (Schneiders Saal) um 62500 Mark käuflich erworben.

Leonberg, 8. Dez. (Beschlagnahme.) In der Fleischmühle in Dippingen wurden von Beamten der Landesgetreidestelle 80 Bentner Gerste beschlagnahmt, die beschlagnahmt werden sollten.

Von der Gz, 8. Dez. Ein neues Bauern-dorf soll bei Forzheim gegründet werden. An der Würmburgerstraße, in deren Nähe sich schon vor halb 2000 Jahren römische Kolonnen niederließen, will die Badische Siedlungs- und Landbank auf 600 Hektar abzuholenden Gelände etwa 50 Bauernhöfe mit je 10 bis 15 Hektar und 10-20 kleinen Anwesen für Handwerker erstellen, die im nahen Forzheim guten Absatz hätten. Der Boden ist gut.

Vermischtes.

25 000 Milliarde in der Union. Laut „Arbeiter-weg“ in St. Louis gibt es jetzt in den Vereinigten Staaten 25 000 Milliarden.

Brand. Am Samstag Abend brach in der englischen Postkammer in Berlin Großfeuer aus. Der Dachstuhl stand völlig in Flammen. Die Entstehungsursache konnte nicht festgestellt werden. Die oberen Räume und besonders das aus Marmor gebaute Treppenhause haben durch Feuer und Wasser stark gelitten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Die erste Krupp'sche Lokomotive. Am 6. Dezember hat die erste Krupp'sche Lokomotive mit 10 neuen Eisenbahnwagen, die gleichfalls von der Firma Krupp

hergestellt worden sind, die Werkstätte verlassen. Der Lokomotiven- und Wagenbau der Firma Krupp beschäftigt heute rund 35 000 Personen, einschließlich der Beamten, und ist imstande, bei normaler Besetzung mindestens 300 große Lokomotiven und 2000 bis 3000 Wagen jährlich herzustellen.

Hotelfreil. Die Hotels und Gastwirtschaften in Osnabrück haben im Einverständnis mit den Angestellten zum Protest gegen verschiedene Beschlagnahmungen, Küchenkontrollen usw. den Betrieb eingestellt.

Bahnstrecke als Torfstieher. An der Bahnstrecke Leer-Oldenburg sind bereits vier Bahnstreckensieher verhaftet worden, weil sie Hunderte von Ladungen Torf aus dem oldenburgischen Land verschoben haben. Die sauberen Bahnstreckenbeamten sollen an jedem Waggon Torf durchschnittlich 800 Mark Beibienst gehabt haben.

Legte Nachrichten.

WTB. London, 9. Dezbr. (Unterhaus Debatte.) In Erwiderung auf eine Frage sagte Bonar Law: Zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung sind Verhandlungen im Hinblick auf die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages statt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

WTB. München, 9. Dez. Am Samstag sprach in Augsburg in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung der sozialdemokr. Partei Ministerpräsident Hoffmann über die politische Lage. Nach der „Münchener Post“ führte er u. a. aus, Erzberger sei viel angefeindet, aber daß eine Waffe man ihm lassen, daß er in den wichtigsten Fragen die Geschickung in Bewegung bringe. Ueber die von den Franzosen zurückgehaltenen 8 bis 400 000 deutschen Kriegsgefangenen sagte der Ministerpräsident, die Regierung tue alles und habe alles getan, um die unglücklichen Volksgenossen zu befreien. Aber Frankreich sei in seinem Hatz unerbittlich. Weiter führte der Redner aus, daß auf dem linken Rheinufer offen auf die Abführung von Deutschland hingearbeitet werde. Sei auch vieles in Trümmern geplatzt, eides sei noch erhalten geblieben: die deutsche Einheit. Ein vom Reich losgelöstes Bayern sei vollständig isoliert. Dagegen würden sich nicht nur die Arbeiter, sondern auch die weitesten Kreise des Bürgertums wehren. Hoffmann schloß: Die Diktatur des Proletariats lehnen wir ab. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Es ist nicht es aufzubauen und das Errungene gegen die Reaktion zu behaupten.

WTB. Berlin, 9. Dez. Wie dem Berliner Tageblatt mitgeteilt wird, hat gestern nach Schluß der Verhandlungen im Mariahilf-Prozess Hauptmann v. R. mit dem Jungen D.

Krupp eine Winkelforderung unter schärfsten Bedingungen überbringen lassen.

WTB. Berlin, 9. Dez. Der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, wird laut „Vorwärts“, da die Entente noch nicht vorliegt, in der heutigen Kurdebatte der Nationalversammlung für die Heimsendung der Kriegsgefangenen wahrscheinlich nicht sprechen.

Bereits vor einigen Tagen, ist wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, der Versuch gemacht worden, in Paris schriftlich, wenn eine Beantwortung der Mitteilung des deutschen Vertreters vom 1. Dez. zu erwarten sein werde. Bei dem großen Wert, den die alliierten Regierungen ebenso wie Deutschland auf eine schnelle Inkraftsetzung des Friedensvertrages legen, sei anzunehmen, daß diese Antwort bald erfolgen werde. Für den Fall, daß es zu weiteren mündlichen Verhandlungen komme, bestehe die Absicht, neben Herrn von Simson auch einen Delegierten aus den Hansestädten zu entsenden, der darüber Aufschluß geben könne, welche Wirkung die Abgabe der verlangten 400 000 Tonnen Gasermaterial auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben würde.

WTB. Berlin, 9. Dez. Zum Ablauf der Zeitungsfrist für die erste Friedensanleihe sagt die Germania! Es genügt nicht, wenn der aufgelegte Betrag erreicht wird. Das Ergebnis der Sparprämienanleihe muß zu einer Willensfundgebung des gesamten deutschen Volkes werden.

WTB. Berlin, 9. Dez. Aus Genf wird dem Berl. Lokalanz. berichtet, daß Clemens eam durch seinen Homme Libre an den ital. Ministerpräsidenten Ritti die schärfste Mahnung richten ließ, mit d'Annunzio endlich Ordnung zu machen.

WTB. Berlin, 9. Dez. Dem Berl. Lokalanz. zufolge kommen in Pommern jetzt täglich Transporte der zurückkehrenden deutschen Truppen aus dem Baltikum an. Im großen und ganzen könne man sagen, daß der Geist der Truppen angedämmt sei.

WTB. Berlin, 9. Dez. In dem Anspringen des Gerüchts, daß die Vorlage über das Reichsnotopfer zurückgezogen worden sei, möchte die Deutsche Allgemeine Zeitung einen der letzten Besuche sehen, das Reichsnotopfer zu Fall zu bringen. Diese komme aber im Plenum der heutigen Nationalversammlung zur zweiten Lesung.

WTB. Berlin, 9. Dez. Wie die Post. Ztg. berichtet, sollen die Weihnachtsferien lediglich um 3 Tage verlängert werden. Sie sollen bereits am 20. Dez. beginnen.

Druck und Verlag der B. Hiesler'schen Buchdruckerei, Mühlentisch für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Saal.

Unsere Zeitung bestellen!

Zeichnungs-schluss: 10. Dez. 1919 • Einzahlungstermin: 1.-8. Januar 1920 • 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:			
10 Gewinne zu	Mark	1 000 000	Mark 10 000 000
10	"	"	500 000
10	"	"	300 000
10	"	"	200 000
20	"	"	150 000
40	"	"	100 000
100	"	"	50 000
200	"	"	25 000
400	"	"	10 000
600	"	"	5 000
800	"	"	3 000
800	"	"	2 000
2000	"	"	1 000
5000 Gewinne			Mark 50 000 000

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Ziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsrente und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsrente 1.-8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.



Schmiede-Innung Nagold.

Infolge ungeheurer Steigerung der Preise für alle Rohmaterialien sieht sich die Schmiedeinung veranlaßt, die Preise mit Rückwirkung vom 1. Okt. 1919 ab wie folgt festzulegen:

für Fußbeschlag:

Neue Eisen große	5-6	Mt. p. Stück
" " " " " " " "	4-5	" " " " " " " "
Alte Eisen	2,20-2,50	" " " " " " " "
Stedgriffeisen neue große	6-7	" " " " " " " "
" " " " " " " "	5	" " " " " " " "
Stedgriff große Nr. 3 u. 4	0,70-0,80	" " " " " " " "
" " " " " " " "	0,60	" " " " " " " "
Schraubstollen 13 Millim.	0,40	" " " " " " " "
" " " " " " " "	0,50	" " " " " " " "
Stegeseisen	7-8	" " " " " " " "
Deckeseisen	8	" " " " " " " "
Dachseisen neue	1,50-2	" " " " " " " "
" " " " " " " "	0,80	" " " " " " " "

Pflug schärfen per Schaar 1 Mt.
Sech 50 Pfg.

Alle anderen Arbeiten auf die bisherigen Preise 100% Zuschlag.

Den 8. Dez. 1919.

Schmiede-Innung Nagold.

Erklärung.

Auf die in der gestrigen Nummer ds. Bl. erschienene Anzeige der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbands erwidere ich:

1. es haben nicht sämtliche Schreiner gekündigt, sondern nur ein Teil und zwar von 52 Arbeitern eine Spezialgruppe von 8 Schreibern;
2. handelt es sich nicht um eine Lohndifferenz, sondern um eine neue außerordentliche Forderung. (Ähnliche Forderungen wurden in Stuttgart gestellt, und verweise ich auf den derzeitigen Schreinerstreik und die dadurch erfolgte Aussperrung sämtlicher dem Holzgewerbe angehörenden Arbeiter in Stuttgart)

Das ganze Vorgehen ist durchaus ungehörig. Die sämtlichen Arbeitgeber des Bezirks, als Mitglieder der „Freien Schreiner-Innung Nagold“, haben schon anlässlich des hiesigen Schreinerstreiks im Mai ds. Js. vereinbart, nur gemeinschaftlich und zwar von Organisation zu Organisation zu verhandeln und der letzte Streik wurde durch einen Schiedsspruch, der für alle Innungsmitglieder bindend war, beigelegt. Demgemäß hätte die Ortsverwaltung des Verbands an sämtliche hiesige Arbeitgeber bezw. an die Innung in Nagold herantreten sollen.

Ich habe deshalb meinem Arbeiter-Ausschuß erklärt, daß diese neue Forderung der Innung vorzulegen sei und daß ich mich vereinbarungsgemäß auch in künftigen Fällen nur einem allgemeinem Uebereinkommen im Bezirk unterziehe. Alle einseitigen und insbesondere gewalttätigen Forderungen lehne ich sowohl jetzt als in Zukunft ab.

Möbelfabrik A. May
Zweigniederlassung Altensteig.

Besellschafts-Spiele

Altensteig.

aller Art

viele interessante
Neuheiten

in der Spielwaren-Ausstellung von

E. W. Luz Nachfolger
Fritz Bühler jr.

Sämtliche
reine Gewürze

zum Backen und Schlichten
empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie
+ Altensteig +
- Telefon 41 -

Altensteig.
Kummi-Hosenträger

schon von 9 Mt. an empfiehlt
Karl Walz
Hat- und Wägengeschäft.

Sämtliche Wildwaren
kauft stets zum höchsten Tagespreis
der Obige.

Altensteig.
Suche zu sofortigem Eintritt
einen tüchtigen

Pferde-
Knecht

Fr. Wackenhut
Möbelfabrik.

Altensteig.
Leinöl

kauft fortwährend zu den höchsten
Tagespreisen

E. Huß, Malergeschäft.

Altensteig.
Lumpen

kauft fortwährend, 26 Pfg. per Kilo
im Hause.

Gestricke wollene p. Kilo 4 Mt.
S. Steeb
ob. Stadt.

Altensteig.
Ammoniumnitrat-
Sprengstoff

zum Stockroben

ist wieder eingetroffen bei
Lorenz Luz jr.

Hausbräu.
Einen Bock
Milch-
schweine

verkauft am Donnerstag.
Fr. Grohmann.

Altensteig.
Verkaufe meinen 1 Jahre alten
rauhhaarigen

Fog-
terrier

Rüde, vorzüglicher Rattenjäger
Seeger, Tannenberg.

Zimmerfeld.
Wegen Aufgabe meines Landpost-
botenendienstes verkaufe ich am Samstag, 13. d. M.
mittags 1 Uhr

1 Pferd

1 Einspanner-
Leiterwägele

1 Schlitten
Friedrich Frey.

Säger

Ein solider, selbständiger Satter-
säger wird ins Roppellal gesucht.
(Lebensstellung). Offerte an

Carl Schmid
Wildbad, Holzhandlung.

An die Schreinereien
Altensteig, Nagold, Haiterbach

Wer liefert per sofort sowie fortlaufend später:

rohe
tannene Möbel

Complete Schlafzimmer, sowie einzelne
Schränke, Waschkommoden, Bettstellen,
Nachtschränke, Verticos

Jedes Quantum gegen sofortige Kasse. Angebote an

Möbelhaus S. Sandgruber Nachf.
Heilbronn a. N. Schellengasse 2.

Koch-Bücher

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Ein zuverlässiges, durchaus eh-
liches und kräftiges

Mädchen

für Küche und Haushalt auf Febr.
u. J. gesucht. Dasselbe soll gut
bürgerlich kochen und Zeugnisse aus
guten Häusern vorlegen können.
Guter Lohn und Verpflegung zuge-
sichert. Zimmermädchen vorhanden.

Frau Emma Schickhardt
Ehhausen O.K. Nagold.

Altensteig.
Einen gut erhaltenen gußeisernen,
runden

Ofen

auch für Kohleheizung eingerichtet,
hat zu verkaufen

Heinrich Müller
Maschinenf., Bahnhofstraße.

Altensteig.
Eine neue

Damenjade

für ältere untersehte Figur passend,
hat im Auftrag zu verkaufen

Heinrich Bühler.
Bettmäßen
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben.
Auskunft umsonst
Wiltbergern Co. Stuttgart A. 73